

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/30

spd Hannover, 15. April 1947
Telefon 20951/52

Das Vaterland

B.Z. Für Menschen, die mit wachem Auge durch die zwölf Jahre der Diktatur gegangen sind, werden die Schlagworte heute durchsichtig. Diesen Segen wenigstens hat der Fluch des Nazismus hinterlassen. Viele der politischen Schwierigkeiten, denen heute in Deutschland die Besatzungsmächte begegnen, haben ihre Wurzel darin, dass diese vollkommene Desillusionierung nicht gesehen wird. Die alte Theorie, alte wertvolle Begriffe mit einem neuen Inhalt wieder lebensfähig zu machen, verfängt nicht mehr. Die Substanz der Begriffe selber ist im Zusammenbruch von 1945 dahingegangen. Vor allem die Begriffe des nationalen Raums sind elend ausgelugt.

Umso verwunderlicher scheint die Tendenz des Kommunismus von heute, sie mit allem Aplomb lebensfähig machen zu wollen. Insbesondere gilt diese neue Liebe der Kommunisten dem Begriff "Vaterland". In jeder der zahllosen Kundgebungen, Resolutionen, Treuer- und Glückwünscherklärungen, in denen sich heute die Leitung der SED gefällt, marschiert das Vaterland als oberste Instanz auf. Gerade die Moskauer Emigranten, voran Wilhelm Pieck, haben diese Note aus Russland mitgebracht. Pieck zitiert Wilhelm Tell: "Ans Vaterland, ans teure schliess Dich an", er ist in "vaterländischem Interesse" zu Partelopfern bereit, er verlangt die Einheit der antifaschistischen Parteien als oberstes Gebot des "Vaterlandes". Der aus Moskau heingekehrte Sänger der Revolution, Johannes R. Becher, besingt in unermüdlichen Strophen die Gemütswerte des "Vaterlandes", der revolutionäre Chansonnier Erich Weinert redigiert während der letzten Kriegsjahre die schwarz-weiss-rot unverständerte Zeitung des "Nationalkomitees Freies Deutschland", in der Schill und Lützow als Helden gefeiert werden. Es ist ein weiter Weg von Marx' Bekenntnis: "Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben". Zwischendurch freilich war die Sowjetunion zum "Vaterland des Sozialismus" und zum "Vaterland des Proletariats" avanciert.

Die Kommunisten merken nicht, wie jede Anleihe, die sie aus dem hoffnungslos zertrümmerten Sprachschatz des Nazireiches machen, sie ebenso hoffnungslos zu Nachfahren eines Systems macht, das es nun endgültig von allen möglichen Systemen in Deutschland nie wieder geben darf. Es war immer die Taktik des Kommunismus, aus den wild entfesselten Instinkten grosser Volksmassen Nutzen zu ziehen. Der totale Zusammenbruch in Deutschland mit seinen materiellen und moralischen Wirkungen ist leicht geeignet, die nationalistischen Instinkte gegen die Besatzungsmächte zu entfesseln. Die Kommunisten ziehen heute mit dem Schwarz-Weiss-Rot der vaterländischen Gesinnung durch die Versammlungen, wie sie das schwarz-rot-goldene Einheitsideal von 1848 bereit sind, zu missbrauchen.

Aber sie verkennen eins: die Zeit des Nationalismus in Deutschland ist vorbei. Man kann den Nationalismus nicht einmal mehr als Sentiment ausspielen. Die Spuren, die der niedergeschlagene Nationalsozialismus hinterlassen hat, schrecken. Und wenn die Kommunisten meinen, die Massen, die sie früher über revolutionäre Parolen zu gewinnen hofften, heute über ein nationalistisches Desperadotum an sich wissen zu können, so zeigen sie darin einen gründlichen Irrtum in dem, was für die Deutschen Bestand und Zusammenbruch des Nazisystems bedeuten. Der Kommunismus hat im Laufe der letzten dreissig Jahre immer deutlicher die Taktik über die Politik Herr werden lassen. Heute besteht er nur noch aus Taktik. Die Vaterlandspartei, die er heute in seiner Propaganda darstellen will, ist entweder antiquiert oder unglaubwürdig. Und wenn auch ^{um} das zerschlagene Deutschland herum der Nationalismus wild um sich schlägt - in Deutschland werden seine Parolen, auch wenn sie im kommunistischen Gewande daherkommen, ihm endgültig den Garaus machen.

Das Vaterland, das wir erbauen müssen, wird nicht über die nationalistische Phrase, sondern über die nüchterne Politik der Menschlichkeit und des Sozialismus der Völker kommen. Dies Vaterland braucht nicht die Vokabeln von Einheit und Macht und Stärke. Es hat die Arbeit, das Leben und das Glück der grossen Masse zum Ziele. Niemals mehr wird dieses Ziel über die Mobilisierung von Instinkten - gleich welcher Art - angesteuert werden dürfen. Vielleicht musste erst dieser grauenhafte Absturz in die allgemeine Verblendung kommen, damit diese Erkenntnis die Kräfte für die realen Möglichkeiten und Ziele weckt. (b/ B17/24/1/ha)

Fall Ostrowski

Die Vorpostenaufgabe der Berliner SPD

Zu dem Mistrauensvotum gegen den Oberbürgermeister Dr. Ostrowski wird uns von befreundeter Seite geschrieben:

"Es ist keine Frage, dass dieser dramatische Vorgang, der die stärkste Fraktion des grössten deutschen Stadtparlamentes gezwungen hat, den von ihr erst vor vier Monaten zum Oberbürgermeister erwählten Kandidaten zum Rücktritt aufzufordern, nur auf dem besonderen Boden Berlins möglich werden konnte. Der Berliner Magistrat bedarf zu allen seinen Beschlüssen der Genehmigung der Alliierten Kommandantur, die aus den vier Besatzungsmächten zusammengesetzt ist und deren Beschlüsse nur einstimmig sein dürfen. Daraus ergeben sich natürlich ungleich grössere Schwierigkeiten als bei der Abstimmung der Beschlüsse der übrigen deutschen Länderregierungen mit der jeweiligen Besatzungsmacht.

Diese Schwierigkeiten waren relativ gering, solange der alte Berliner Magistrat, vorherrschend kommunistisch bestimmt, seine Beschlüsse vornehmlich nach vorheriger Rückfrage bei der sowjetischen Besatzungsmacht fasste. Nach dem 20. Oktober 1946, also dem grossen Sieg der SPD, änderte sich das Bild. Bis zum Jahresende z.B. konnte kein Beschluss der Alliierten Kommandantur herbeigeführt werden, der die neuen Magistratsmitglieder bestätigte. Damit begann es. Zwei Dezernate, das für "Jugendfragen" und das für "Sicherung der Demokratie" sind bis heute, vier Monate nach Arbeitsbeginn, überhaupt noch nicht genehmigt worden. Dazu kommt, dass der Magistrat selbst durch die Person des Oberbürgermeisters Dr. Ostrowski aus der Fülle der Stadtverordnetenbeschlüsse einen gewissen Teil nur unvollständig oder mit zu geringem Nachdruck der Kommandantur zur Genehmigung vorgelegt hat. Stattdessen hat Dr. Ostrowski eigene Wege beschritten. Er hat ohne Auftrag seiner Partei ein Abkommen mit der SED getroffen, das die SPD verpflichten sollte, ein paar Monate lang ein bedingungsloses gemeinsames Programm mit der KPD gegen die anderen Parteien durchzuführen. Als Preis dieses Abkommen wollte die SED fünf stellvertretende Magistratsdezernenten, die aus der alten kommunistischen Besetzung zurückgeblieben waren und durch den Einspruch des sowjetischen Vertreters in der Kommandantur nicht abgesetzt werden durften, zurückziehen.

Es versteht sich von selbst, dass die SPD durch diesen Handel in ihrer Bewegungsfreiheit total gelähmt worden wäre und dass sie deshalb das Mandat des Oberbürgermeisters für solche Abmachungen ablehnte. Dr. Ostrowski aber wollte sich nicht fügen. Die SPD war sich ihrer Verantwortung bewusst. Es ging weniger um einen Meinungsstreit innerhalb der Partei als um das Prinzip demokratischer Entscheidungsfreiheit. Entweder musste die SPD ihre Vorpostenaufgabe als wirklich demokratisch-sozialistische Partei verleugnen oder sie musste den Trennungstrich zu Dr. Ostrowski ziehen. Bis zur letzten Minute hat die Partei versucht, den Oberbürgermeister zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen - aber vergeblich. So entwickelte sich jene widersinnige Debatte, in der allein die SED um den gleichen Bürgermeister, der bis vor acht Tagen das ständige Ziel ihrer Angriffe gewesen war, einen Schutzwall zu ziehen versuchte. Deutlicher liess sich das konsequent demokratische Verfahren, zu dem sich die SPD entschlossen hat, nicht mehr bestätigen.

Der neue Oberbürgermeister, den die SPD nominiert, wird und muss ein wirklicher Repräsentant echt demokratischer Führung sein. Dass die besonderen Verhältnisse Berlins mit der Benennung eines neuen Oberbürgermeisters und einer Neuzusammensetzung des Magistrats klarer und auch fruchtbringender werden müssen, ist freilich noch nicht gesagt. Sicher ist nur, dass das Opfer der Person, das hier gebracht wurde, in jedem Falle eine gute Möglichkeit dazu bietet. (b/BI7/134/1/ha)

Frankreich am Scheidewege

G.M. In der Fülle der meist ablehnenden Kommentare zur Strassburger de Gaulle-Rede gab es zwei besonders auffallende Stimmen, die andeuteten, dass die Rede de Gaulles nicht nur den Auftakt zu einem antikommunistischen Feldzug bedeute, sondern dass sie der Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit im französischen Volke sei; die ihre Wurzeln in den augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber auch in der zögernden richtungslosen Politik der seit der Befreiung Frankreichs aufeinanderfolgenden Drei-Parteien-Regierungen hat.

Diese beiden Stimmen waren die des durchaus nicht "rechten" Schriftstellers Raymond Aron in "Combat" und die des gewisse alles andere als "reaktionären" Léon Blum in "Populaire".

Raymond Aron sagte noch einmal, dass die Drei-Parteien-Regierungen dem französischen Volke ein tiefes Misstrauen gegen die Funktionsmöglichkeit einer auf drei verschiedenen Weltanschauungen basierenden Regierungskoalition eingeflößt haben. Dieser Zustand verhindere, dass Frankreich endlich die Rolle spiele, die es spielen könnte, wenn es nur wollte.

"Man muss Europa wieder aufbauen, damit sich eine neutrale Zone zwischen den beiden gigantischen Mächten (gemeint ist Russland und Amerika) bilden kann. Dann werden wir in einer ökonomischen Ordnung gleichzeitig den traditionellen Kapitalismus und den totalitären Kollektivismus von uns fernhalten. Diese Grundideen werden sicher eine grosse Mehrheit im Lande finden."

Zum Abschluss seines Artikels sagt Raymond Aron, dass niemand daran denke, eine Bewegung gegen das Parlament zu entfesseln. Das Ziel sei, über die veralteten und zerrissenen Koalitionen hinweg eine Mehrheit zu bilden, die fähig ist, ein Programm zu entwickeln und auch anzuwenden. Das Prestige eines Mannes kann die Bildung einer derartigen Mehrheit fördern.

Léon Blum stellt fest, dass de Gaulle Thesen vertritt, die nicht republikanisch sind und die ihn von der Republik entfernen. Er fragt, warum ein so strenger Logiker wie es de Gaulle ist, nicht bis zur äussersten Grenze seiner Gedanken gehe und lässt die Möglichkeit offen, dass de Gaulle vielleicht erst dann endgültig Stellung nehmen wird, wenn die internationale Situation dazu angebracht erscheint.

Schliesslich bemerkt Léon Blum - und das ist das Wesentlichste, was vielleicht von nicht kommunistischer Seite über die Osterrede de Gaulles gesagt wurde -

"All dies bedeutet, dass die Rede sich wie etwas darstellt das weder substantiell, noch kategorisch, ja nicht einmal sicher ist. Der Mangel an Elan, an Vertrauen ist offenbar. Und jeder sensible Leser, der sich etwas einfühlen kann, wird einen Wechsel des Tones feststellen können. Ist dies der Effekt jenes Mangels an Logik, den ich feststellte? Ist dies schon das Anzeichen einer Enttäuschung... auf dem Wege, den der General de Gaulle eingeschlagen hat? Und zwar eingeschlagen hat mit Begleitern, von denen diesen Mann noch andere Enttäuschungen erwarten, den Mann, der so schwierig zufrieden ist mit anderen."

Frankreich steht in diesen Tagen am Scheidewege. Es hat zu wählen zwischen Osten und Westen und zwischen der Möglichkeit, durch eine europäische Realpolitik die Grundlagen einer neuen Synthese zu bilden. Die nächste Zeit will zeigen, ob die Rede de Gaulles nur ein Alarmschuss war, oder die direkte Aufforderung an die Franzosen, sich eindeutig für eine westlich orientierte Politik auszusprechen. In Strassburg wurde nach den Feierlichkeiten zur Erinnerung an die endgültige Befreiung Strassburgs ein Komitee gebildet, das sich die Aufgabe stellt, über die Parteien hinweg alle Personen zu erfassen die eine Orientierung der französischen Politik in dem von de Gaulle angedeuteten, aber noch nicht klar definierten Sinne befürworten. (b/Al2/154/1)

Von den Voraussetzungen der Demokratie

Gollancz und die Entnazifizierung

"Es wird Zeit, dass die internationalen Sozialisten die Entnazifizierungspolitik in Deutschland offen verurteilen". Mit diesem Satz leitete vor kurzem der Londoner "Socialist Leader" einen Kommentar ein, der in ungewöhnlich scharfer Form die derzeitigen Entnazifizierungsmethoden verurteilte und sie als Bedrohung des Friedens in Europa brandmarkte. "Wie soll der Nazismus in Deutschland ausgeschaltet werden", fragt das Blatt, "wenn Tausende von Deutschen eingesperrt werden und Hunderttausenden die Möglichkeit genommen wird, ihr Brot zu verdienen, wenn man sie verhungern lässt und sie unterdrückt? Deutschland befindet sich in einem Zustand wirtschaftlichen Zusammenbruchs, seine Bevölkerung hungert, ist schlecht gekleidet, lebt in scheusslichen Wohnverhältnissen und ist nahe an der Verzweiflung und Apathie. Mit anderen Worten: Es lebt unter Bedingungen, unter denen der Nazismus zu blühen vermag. Wenn die Grossmächte, wie sie behaupten, vom Willen besetzt sind, das deutsche Volk wieder zum Verständnis und zur Wertschätzung der Vorteile der Demokratie zu erziehen, so wäre es besser, sie würden ihm in der Praxis einige Vorzeile zeigen. Was in Deutschland gebraucht wird, sind die Voraussetzungen für die Demokratie. Die gegenwärtige Entnazifizierungspolitik muss vorgehaltig als eine Bedrohung des europäischen Friedens verurteilt werden. Sie ist ein nutzloses Bemühen und absolut unpraktisch."

Diese offene Sprache hat Victor Gollancz, der bekannte Begründer der Bewegung "Rettet Europa jetzt!" und unermüdeten Vorkämpfer für die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen in Deutschland, zu einem Brief an den Herausgeber des "Socialist Leader" veranlasst, in dem er seiner Genugtuung Ausdruck verleiht, dass endlich ein sozialistisches Blatt den Mut aufbrachte, das zu sagen, was über die Massen-Entnazifizierung gesagt werden sollte, nämlich, dass sie mit Sozialismus nichts gemein hat, sondern in krassen Gegensatz dazu steht. "Leute, die sich selbst noch als demokratische Sozialisten bezeichnen", so meint Victor Gollancz, "bilden sich ein, man könne eine anständige Gesellschaft schaffen, wenn man Millionen von Menschen mit dem belastet, was sie gesagt, getan oder sogar gedacht haben könnten und sie entsprechend bestrafen, während natürlich der einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen, darin besteht, die Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen anständig reden, handeln und denken können." (b/Blo/154/1/he)

Den folgenden Beitrag empfehlen wir zu besonderer Beachtung. Viele in der heute tätigen Generation brauchen die geistige Brücke zu den Männern von einst und zu ihren Ideen und Idealen.

Otto Hue zum Gedächtnis

Von Carl Sevaring

Als am 23. April 1922 die kühle Erde Otto Hues sterbliche Reste aufnahm, haben ihm Essener Arbeitersänger als letzten Gruss das Pfeilsche Grablied nachgerufen: "Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben". Mag dieses Lied oft auch gedankenlos und ohne innere Beziehung zu einem Heimgegangenen gesungen sein, hier war es keine Phrase, hier kennzeichnete es den Werdegang und die Wesensart des Toten zugleich. Denn Otto Hue, dem es bei seinem reichen Wissen, seinen vielfältigen Gaben und seinem rastlosen Fleiss wahrlich nicht schwer gefallen wäre, höhere Sprossen der

Von den Voraussetzungen der Demokratie

Gollancz und die Entnazifizierung

"Es wird Zeit, dass die internationalen Sozialisten die Entnazifizierungspolitik in Deutschland offen verurteilen". Mit diesem Satz leitete vor kurzem der Londoner "Socialist Leader" einen Kommentar ein, der in ungewöhnlich scharfer Form die derzeitigen Entnazifizierungsmethoden verurteilte und sie als Bedrohung des Friedens in Europa brandmarkte. "Wie soll der Nazismus in Deutschland ausgeschaltet werden", fragt das Blatt, "wenn Tausende von Deutschen eingesperrt werden und Hunderttausenden die Möglichkeit genommen wird, ihr Brot zu verdienen, wenn man sie verhungern lässt und sie unterdrückt? Deutschland befindet sich in einem Zustand wirtschaftlichen Zusammenbruchs, seine Bevölkerung hungert, ist schlecht gekleidet, lebt in schrecklichen Wohnverhältnissen und ist nahe an der Verzweiflung und Apathie. Mit anderen Worten: Es lebt unter Bedingungen, unter denen der Nazismus zu blühen vermag. Wenn die Grossmächte, wie sie behaupten, vom Willen besetzt sind, das deutsche Volk wieder zum Verständnis und zur Wertschätzung der Vorteile der Demokratie zu erziehen, so wäre es besser, sie würden ihm in der Praxis einige Vorteile zeigen. Was in Deutschland gebraucht wird, sind die Voraussetzungen für die Demokratie. Die gegenwärtige Entnazifizierungspolitik muss vorgehalten als eine Bedrohung des europäischen Friedens verurteilt werden. Sie ist ein nutzloses Bemühen und absolut unpraktisch."

Diese offene Sprache hat Victor Gollancz, der bekannte Begründer der Bewegung "Rettet Europa jetzt!" und unermüdeten Vorkämpfer für die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen in Deutschland, zu einem Brief an den Herausgeber des "Socialist Leader" veranlasst, in dem er seiner Genugtuung Ausdruck verleiht, dass endlich ein sozialistisches Blatt den Mut aufbrachte, das zu sagen, was über die Massen-Entnazifizierung gesagt werden sollte, nämlich, dass sie mit Sozialismus nichts gemein hat, sondern in krassen Gegensatz dazu steht. "Leute, die sich selbst noch als demokratische Sozialisten bezeichnen", so meint Victor Gollancz, "bilden sich ein, man könne eine anständige Gesellschaft schaffen, wenn man Millionen von Menschen mit dem belastet, was sie gesagt, getan oder sogar gedacht haben könnten und sie entsprechend bestrafen, während natürlich der einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen, darin besteht, die Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen anständig reden, handeln und denken können." (b/Blo/154/1/ho)

Den folgenden Beitrag empfehlen wir zu besonderer Beachtung. Viele in der heute tätigen Generation brauchen die geistige Brücke zu den Männern von einst und zu ihren Ideen und Idealen.

Otto Hue zum Gedächtnis

Von Carl Severing

Als am 23. April 1922 die kühle Erde Otto Hues sterbliche Reste aufnahm, haben ihm Essener Arbeitersänger als letzten Gruss das Pfleische Greblied nachgerufen: "Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben". Mag dieses Lied oft auch gedankenlos und ohne innere Beziehung zu einem eingegangenen gesungen sein, hier war es keine Phrase, hier kennzeichnete es den Werdegang und die Wesensart des Toten zugleich. Denn Otto Hue, dem es bei seinem reichen Wissen, seinen vielfältigen Gaben und seinen rastlosen Fleiss wahrlich nicht schwer gefallen wäre, höhere Sprossen der

Stufenleiter in unserer Gesellschaft zu erklimmen, ist der schlichte Volksmann geblieben, der er bei seinem Eintritt in die Arbeiterbewegung war.

Der junge Hörder Schlossergeselle, der im Jahre 1886 die Lehre verlassen hatte, zeigte schon früh lebhaftes Interesse für das Vereinsleben seiner Zeit. Die Sozialdemokratische Partei hatte schon vor dem Fall des Sozialistengesetzes im Industriebezirk und besonders in Hues engerer Heimat, dem Kreis Dortmund-Hörde, erhebliche Fortschritte gemacht und eine rege Abwehrpropaganda der konfessionellen Vereinigungen aller Richtungen hervorgerufen. Von der Umgebung des Elternhauses beeinflusst und von den sozialen Fragen, die damals auch in den kirchlichen Vereinigungen lebhafter erörtert wurden als heute, angeregt, wurde er Mitglied des Evangelischen Jünglingsvereins. Damit nahm er ungefähr dieselbe geistige Entwicklung wie August Bebel, der ja Mitglied katholischer Gesellenvereine war, bevor er in die sozialistische Arbeiterbewegung eintrat. Hue nahm regen Anteil an den Bestrebungen seines Vereins. Aber gerade darum konnte es seiner kritischen Beobachtung nicht entgehen, dass die Tätigkeit der Evangelischen Jünglingsvereine vornehmlich gegen die selbständigen Regungen der Arbeiter gerichtet war. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes konnten sich auch die Gewerkschaften freier entfalten und den zentralen Zusammenschluss herbeiführen, sie konnten nunmehr den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation auch in jene Kreise tragen, die bis dahin durch die Schranke des Ausnahmegesetzes nahezu unberührt geblieben waren. Es dauerte nicht lange, dass auch Hue in ihren Reihen stand, dass er zu ihren eifrigsten Pionieren zählte. Als Mitglied des Metallarbeiterverbandes hat er nicht nur den schwierigen, vom Klerikalismus beeinflussten und behüteten Boden des Industriegebiets erfolgreich bearbeitet und Bresche in die, den Gewerkschaften so schwer zugänglichen Hütten- und Walzwerksbetriebe geschlagen, er hat auch die allgemeinen Ziele der Organisation durch anregende Aufsätze in der Metallarbeiterzeitung zu fördern versucht. Licht in das fast undurchdringliche Dunkel der Arbeitsbedingungen getragen zu haben, konnte sich Hue als erster rühmen, und die ersten Verbesserungen dieser Bedingungen sind nicht zuletzt auf seine emsige Tätigkeit gerade auf diesem Gebiet zurückzuführen.

Seine Lebensarbeit aber war die Förderung der Interessen der Bergarbeiter, zu denen er schon im Jahre 1894 als Redakteur der Bergarbeiterzeitung in das engste Verhältnis trat. Ihnen ist er bis an sein Lebensende treu geblieben, ihnen diente in erster Linie sein Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, den er mit gleicher Hingebung und mit gleichem Erfolg in der Presse wie im Parlament und in der Volksversammlung führte. Er war in den letzten Jahren weder Mitglied des Verbandsvorstands noch eigentlich Redakteur des Verbandsorgans, und doch war er mit seiner Organisation so verwechselt wie kein zweiter, sein Rat behielt dasselbe Schwergewicht wie vordem, er war nach wie vor schlechthin der Repräsentant und die Autorität des Bergarbeiterverbandes. Niemand verstand die Psyche der Bergarbeiter so gut wie Otto Hue, wenige verstanden mit den "Kumpeln" so gute Kameradschaft zu halten wie er. Im Schacht und am Biertisch, im Konferenzzimmer und im Parlament war ihm jeder Bergarbeiter Leidensgenosse und Kampfgefährte, dem er das gleiche Vertrauen und die gleiche Herzlichkeit entgegenbrachte, mit dem er auf Du und Du stand. Das war kein Ausfluss von Liebedienerei den Massen gegenüber, sondern entsprach ganz seiner Wesensart, der nichts mehr zuwider war als die Eitelkeit und Ueberheblichkeit sogenannter Führer, die zuweilen ganz zu vergessen schienen, dass auch die Wurzeln ihrer Kraft und ihres Einflusses im Fühlen und Denken der Volksmassen liegen. Er war sich stets dessen bewusst, dass das Beste dessen, was jeder gibt, dass die Aufgabe, die seinen Wirken gestellt ist, dass seine eigentliche Leistung aus dem Massiv des Volkes, aus der Gemeinschaft seiner Klasse kommt.

Trotzdem (oder gerade deshalb) war Hue alles andere als ein Anbeter der Massen. Er hat sich nie geschaut, wenn seine Einsicht und Ueberzeugung ihm das eingab, eigene Wege zu gehen. Auch dann ist ihm das Vertrauen der Arbeiter ungeschmälert erhalten geblieben. Hue ist das leuchtendste Beispiel

für die Erscheinung, dass eine durch Ungunst der Verhältnisse oder demagogische Verhetzung hervorgerufene Tagesstimmung das Bild eines aufrechten Arbeiterführers zwar zeitweilig verdunkeln, aber nie ganz auslöschen kann. Auch ihm sind Angriffe, selbst der gehässigsten Art nicht erspart geblieben. Als er der Neutralität der Gewerkschaften das Wort redete, in der Hoffnung, damit ein Sammelbecken für alle Arbeiter, gleichviel welcher Richtung, zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung zu schaffen, da wurde er des Mangels an Klassenbewusstsein und der Beistreberei bezichtigt. Dabei hatte die Arbeiterklasse selten so beharrliche, folgerichtige und unwandelbare Vertreter aufzuweisen wie Hue. Als er sich in den Kriegsjahren mit der ihm eigenen Entschiedenheit für den Kampf für Deutschlands Selbstbehauptung einsetzte, da wurde er mit vielen deutschen Arbeiterführern von sogenannten Radikalen in die Wolfeschlucht der Chauvinisten geworfen, und dabei gibt es wenige, deren Namen in der internationalen Arbeiterbewegung einen so guten Klang haben wie Otto Hue. Als er sich gegen die Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau wandte, weil diese Massnahme ohne eine internationale Regelung den Ruin der deutschen Wirtschaft herbeigeführt hätte, da wurde er von unverantwortlichen Phrasenredern den "Kapitalsknechten" zugesellt (was die Vertreter des Bergkapitals jedoch nicht hinderte, ihn bis zur letzten Stunde seines Lebens als ihren entschiedensten und gefährlichsten Gegner zu behandeln.)

Er war Arbeiter und Arbeitervertreter, gerade darum ist er für den sinnvollen Aufbau der deutschen Wirtschaft eingetreten. Sein Wissensdurst und sein Fleiss verschafften ihm die Waffen, deren er zur erfolgreichen Vertretung dieses Standpunktes bedurfte. Er war der Freund der Bergarbeiter aller Länder, er versuchte den Engländer und den Franzosen, den Belgiern und den Oesterreichern zu verstehen. Aber gerade darum hielt er es für geboten, für deutsche Arbeit und damit für deutsche Kultur zu wirken, kurzum: Deutscher zu sein. Von alledem hat er nie grosses Aufhebens gemacht, das, was ihm Herzens- und Gefühlssache war, nie mit grossem Geräusch verkündet. Ich aber darf es von ihm und für ihn sagen: In ihm verband sich bestes Deutschtum mit internationalem Gemeinschaftsgedanken, der nie ermüdende Klassenkämpfer war eine und eines Sinnes mit dem eifrigen und zielklaren Förderer des Produktionsgedankens, also dessen, was unserem Volk (und damit dem ganzen europäischen Festland) jetzt vor allem nottut, will es seine Wirtschaft, seine Zivilisation neu aufbauen, will es seine nationale Kraft zu voller Stärke entfalten und so seiner Pflicht gegen die kommende Generation, seiner Bestimmung im Menschheitsganzen genügen. (b-154/1/he)

Faschistische Drohbriefe in England

Grosse Erregung hat in England die Veröffentlichung des Faksimile eines mit dem Hakenkreuz "geschmückten" Drohbriefes an mehrere bekannte Gewerkschaftsführer in Blackpool durch die linksgerichteten "Reynold News" hervorgerufen. In dem Drohbrief, der erkennen lässt, dass die Faschisten in England ihre Wählerarbeit wieder aufgenommen haben, werden die Adressaten aufgefordert, sich in Zukunft jeglicher politischer Betätigung zu enthalten, andernfalls sie damit rechnen müssten, dass eines Tages ihre Gesichter mit Salzsäure "behandelt" würden.

"Reynold News" kündigten ausserdem sensationelle polizeiliche Enthüllungen über das Bestehen unterirdischer Beziehungen zwischen englischen Faschisten und deutschen Nationalsozialisten an. Durch grosse Geldbeträge aus Bire würden ehemalige Anhänger Mosleys in die Lage versetzt, nationalsozialistischen Kriegsgefangenen in England zur Flucht zu verhelfen. Zwischen England und Deutschland sei durch sie ein regelrechter Kurierdienst

eingerrichtet worden, um die Moral der noch in englischen Lagern festgehaltenen Nazis zu stützen. Zahlreiche dieser nationalsozialistischen Kriegsgefangenen seien mit englischen Uniformen, falschen Pässen und falschen Papieren versorgt worden. Fünf von ihnen seien vor kurzem zu Besuch in Deutschland gewesen, um alte Verbindungen wieder herzustellen und seien dann wieder nach England zurückgekehrt. In Kürze werden in drei Prozessen diese dunklen Machenschaften aufgedeckt werden. (b/Blo/144/1/he)

Englands Gewerkschaften am Scheidewege

Trotz aller offiziellen Dementis hält sich in England weiter hartnäckig das Gerücht, dass Ernest Bevin nach seiner Rückkehr von Moskau seinen Posten als Aussenminister abgeben und die Führung der englischen Wirtschaft übernehmen wird. Die Quelle dieses Gerüchtes wird im Hauptquartier der TUC, also des englischen Gewerkschaftskongresses, gesucht. Hier ist man zu der Erkenntnis gelangt, dass die englischen Gewerkschaften mit der Nationalisierung und Sozialisierung der Schlüsselindustrien Englands vor völlig neue Aufgaben gestellt wurden und dass Ernest Bevin, der den Zusammenschluss der grössten englischen Gewerkschaften zum TUC bewerkstelligte, der Mann ist, unter dessen Führung sie diese Aufgabe am besten lösen könnten.

Die Stärke der englischen Gewerkschaften basierte bisher auf ihren zähen Kampf um die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft und ihrer Unterstützung in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern. Jetzt aber sind die Gewerkschaften zu einer radikalen Aenderung ihrer Politik gezwungen. Es obliegt ihnen die undankbare Pflicht, der englischen Arbeiterschaft die Notwendigkeit zu noch härterer Arbeit im nationalen Interesse klar zu machen und dazu gehört ebensowiel Mut wie Selbstüberwindung. Die Gewerkschaften müssen aber auch nach Mitteln und Wegen suchen, um die Arbeiterschaft mehr als bisher zur Verwaltung und Leistung der industriellen Betriebe heranzuziehen. Dass die Regierung diese Absicht verfolgt, erhellt aus der Konstitution des neuen "Planungsamtes", in dem ausser der Regierung Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein werden.

Um die Arbeit dieses Planungsamtes in die Tat umsetzen zu können, bedarf es nicht nur seitens der Arbeitgeber, sondern auch der Gewerkschaften erheblicher Konzessionen und in den Reihen der führenden Männer des TUC ist man fest überzeugt, dass es niemanden besser gelingen wird, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, als Ernest Bevin. Daher ihr Bemühen, ihn von der Last des Aussenministeriums zu befreien und ihn wieder ganz für sich zu gewinnen. (b/Blo/154/1/he)

Eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei zu den Vorwürfen gegen Senator Wolters (Bremen)

Gewisse Kreise führen seit Monaten gegen Senator Wolters eine unverantwortliche Hetze mit dem Ziel, ihn in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Die SPD-Fraktion hat daher in der letzten Bürgerschaftssitzung den Senat gebeten, zu den Vorwürfen eine Erklärung abzugeben. Dieses wird in der Bürgerschaftssitzung am Donnerstag, 24. April 1947 geschehen.

Unabhängig hiervon hat jedoch ein Untersuchungsausschuss der SPD an Hand der Gerichts- und Polizeiakten einwandfrei festgestellt, dass alle Straftaten, für die Wolters abgeurteilt wurde, politische Delikte waren.

Aber diese Straftaten haben noch etwas anderes gezeigt. Alle an der Untersuchung Beteiligten waren erschüttert von der Stundhaftigkeit und dem Mut, mit dem dieser junge Kämpfer der Arbeiterbewegung sich gegen die geistigen und physischen Folterqualen der Gestapo behauptete. Niemanden sich selbst, sondern nur an seine Kameraden denkend, hat Wolters die Hölle-Proble des Dritten Reiches bestanden.

Die SPD ist stolz darauf, solche Menschen in ihren Reihen zu wissen. Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover